

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE**Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2014 und 2015****Ausbildung Finanzamt**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	91	Finanzen/Personal
Produktbereich:	91.03	Personal- und Verwaltungsmangement
Produktgruppe:	91.03.03	Aus- und Fortbildung am AFZ

Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2014 um 800 T€ erhöht.

Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2015 um 800 T€ erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	09	Finanzen
Kapitel:	0922	Zentrale Aus-, Fort- und Weiterbildung
Titel:	422 03-6	Anwärterbezüge der Beamten auf Widerruf

Der Anschlag wird für das Jahr 2014 von 1 447 910 € um 800 000 € auf 2 247 910 € erhöht.

Der Anschlag wird für das Jahr 2015 von 837 120 € um 800 000 € auf 1 637 120 € erhöht.

Erläuterung

Die Personalstärke in den Bremer Finanzämtern beträgt nur 79 % der vom Bund für notwendig gehaltenen Personalabdeckung laut Personalbedarfsberechnung (PersBB), und liegt damit im Vergleich der Länder am unteren Ende. Eine Steuerprüfung gemäß den Empfehlungen der Bundesfinanzkommission ist in Bremen nicht mehr möglich. Um diesem Missstand entgegenzuwirken, soll mit den hier eingestellten Mitteln die Zahl der Ausbildungsplätze in der Steuerverwaltung auf 77 pro Jahr angehoben werden. Weitergehendes Ziel ist es, die ausgebildeten Steuerfachleute auch zu übernehmen.

Klaus-Rainer Rupp,
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE